

Redebeitrag am 9. November 2023  
Aschaffenburg, „hinter der Sandkirche“

Es gilt das gesprochene Wort

<Anrede>

Unser Bündnis gegen Rechts hat bisher immer den Israel-Palästina-Konflikt aus dem Gedenken am 9. November herausgehalten. Wir haben der so genannten Reichspogromnacht immer als Fanal zum Holocaust gedacht. Gemäß dem Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“ haben wir auf die Wurzeln des Faschismus, den latenten Antisemitismus sowie auf das neu nachwachsende neofaschistische Beziehungsgeflecht hingewiesen. In Anbetracht der aktuellen Gewaltausbrüche in Israel und Palästina können wir uns diesmal jedoch ein paar Sätze dazu nicht ersparen. Vereinzelt Kritik, dass sie auf unserer Einladung fehlte – ist durchaus berechtigt:

Menschen in Israel wurden jüngst brutal angegriffen. Mindestens 1400 Zivilisten wurden massakriert, Zivilpersonen als Geiseln genommen. Ihnen gilt unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Deshalb bitten wir Sie und euch um eine kurze Minute des stillen Gedenkens.

<..>

Nichts rechtfertigt diesen bestialischen Gewaltausbruch der Hamas. Dessen ungeachtet muss Kritik an Maßnahmen der israelischen Regierung möglich sein, ohne dass dies als Antisemitismus diffamiert wird. Wo immer jedoch tatsächlicher Antisemitismus zu Tage tritt, müssen wir uns ihm entschieden entgegenstellen. Ja, wir Deutschen sind vor dem Hintergrund unserer historischen Verantwortung zum Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus in besonderer Weise verpflichtet. Es ist unerträglich, wenn heute Menschen in unserem Land als Juden offen bedroht und angefeindet werden. Das dürfen wir nicht zulassen! Nie wieder!

Laut den Zahlen vom UNHCR waren Ende 2022 **weltweit 108 Millionen Menschen auf der Flucht**. Mit der Eskalation der Gewalt im Nahen Osten wird diese Zahl wahrscheinlich weiter ansteigen. Und damit kommen wir zu dem Thema, das über unserem heutigen Aufruf steht: **Hände weg vom Recht auf Asyl!**

1933 verschärfte sich die gesellschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung drastisch. Boykotte, Entlassungen, Berufsverbote und Enteignungen trieben die Menschen aus dem Land. Auch der Druck auf politische Gegner drängte viele zur Emigration. Doch diese war an Voraussetzungen gebunden, die der Großteil der Verfolgten nicht erfüllen konnte. In vielen Fällen fehlte das Geld, aber auch ein so genanntes Affidavit, eine beglaubigte Bürgschaftserklärung von Verwandten, Freunden oder qualifizierten Organisationen aus Drittstaaten. Viele Staaten weigerten sich grundsätzlich, jüdische Menschen aufzunehmen. Menschen wurden so in die Illegalität oder in den Tod getrieben.

Waren es nicht gerade diese Erfahrungen aus Krieg und Holocaust und aus dem antifaschistischen Widerstand, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes dazu veranlassten, im Artikel 16 ein schrankenloses Asylrecht zu verankern? Hätte es damals Staaten mit einem solchen Asylrecht gegeben, wären mit Sicherheit viele hunderttausend Menschenleben mehr gerettet worden.

Seit Anfang der 90er wird es immer mehr eingeschränkt. Damals wurde - wie heute - eine rechte Stimmung gegen Migrant:innen und Geflüchtete instrumentalisiert.

1992 war ein gewisser Jochen Schmidt mit einem ZDF-Team und etwa 120 Vietnamesen in dem brennenden Häuserblock in Rostock eingeschlossen. Neofaschisten hatten es unter dem Beifall der Umstehenden angezündet. 10 Jahre danach legte er das Buch „Politische Brandstiftung“ vor. Der Autor hatte jahrelang Material recherchiert, das seine These erhärtet: *„Politiker in Bonn, Schwerin und Rostock wollten ein Fanal, das den nötigen Druck schafft, das im Grundgesetz festgeschriebene schrankenlose Recht auf Asyl einzuschränken.“* Es war der Anfang der Jugoslawienkriege. Die Zahl der Asylanträge schnellte hoch. 1993 kam dann der so genannte „Asylkompromiss“. Die Regelung, dass für Einreisende aus einem so genannten „sicheren Drittland“ der Asylgrund entfiel, schätzten Beobachter im In- und Ausland als eine faktische Totalamputation des Asylrechts ein. Die meisten Asylsuchenden sind seither nur aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention geduldet. Dennoch wurde und wird eifrig weiter an der Beschneidung des Asylrechts gearbeitet. So wurden in den Jahren 2015/2016 - auf dem Höhepunkt der bis dahin gezählten Asylanträge - in zwei so genannten Asylpaketen weitere Regelungen verschärft.

Und heute tönt es erneut aus allen Fraktionen nahezu unisono mit der AFD, Migration sei die *Mutter aller Probleme*. So sollen jetzt die Bundesmittel der Geflüchtetenhilfe dramatisch gekürzt werden und Kanzler Scholz möchte „endlich in großem Stil abschieben“ - Wir sagen angesichts der deutschen Geschichte und mit besonderem Blick auf den 9. November 1938:

**Hände weg vom Recht auf Asyl!**

**Nicht die Asylsuchenden, sondern die Ursachen bekämpfen!**